

EnergieSchweiz will freiwillige Massnahmen verstärken

Das neue energiepolitische Programm EnergieSchweiz, als Folgeprogramm von Energie 2000, ist gestartet. Bund, Kantone, Gemeinden, die Wirtschaft und Umweltverbände ziehen am selben Strick und wollen mit dem neuen Programm den Einsatz effizienter, neuer Technologien und erneuerbarer Energien fördern sowie das Energiebewusstsein in allen Sparten stärken. Die Bündelung aller Kräfte ist notwendig, gilt es doch für die Schweiz, die internationalen klimapolitischen Abmachungen einzuhalten sowie das Energie- und das CO₂-Gesetz zu vollziehen. Im Wesentlichen müssen wir bis 2010 eine Reduktion der energiebedingten CO₂-Emissionen um 10 Prozent, verglichen mit 1990, erreichen.

EnergieSchweiz – so beschrieb Bundespräsident Moritz Leuenberger bei der Lancierung das neue Programm – sei nicht einfach eine PR-Kampagne mit gut gemeinten Appellen zum Energiesparen, sondern vielmehr eine energiepolitische Baustelle. Es gehe darum,

und Umweltverbänden zu bündeln, damit die Bekenntnisse zur Umwelt, zur internationalen Klimapolitik sowie zum effizienten Umgang mit Energie mehr als Lippenbekenntnisse würden. Viele energieeffiziente Technologien, die auch dank des alten Bundesprogramms Energie 2000 entwickelt worden seien, harrten noch immer

alle Kräfte von Bund, Kantonen, Gemeinden, Wirtschaft, Konsumenten

des endgültigen Durchbruchs. Energie Schweiz soll das ändern – auch um die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft zu stärken und um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Gesetztes Ziel fordert grosse Anstrengungen

Die Schweiz verfolgt schon seit zehn Jahren mit dem Aktionsprogramm Energie 2000 kontinuierlich das Ziel einer nachhaltigen Energiepolitik. Neueste Energieszenarien zeigen aber, dass die Fortsetzung der bisherigen Politik nicht ausreicht, um den Energieverbrauch zu vermindern, sondern im Gegenteil zu einem starken Anstieg führen wird. Dazu tragen insbesondere der Luft- und Güterverkehr, aber auch industrielle Prozesse und der Verbrauch elektrischer Energie bei. Bei den CO₂-Emissionen ist mit den bisherigen Bemühungen höchstens eine Stabilisierung bis 2010 zu erwarten.

Dr. Peter Hess
Abteilung Energie
Telefon 062 835 28 80

Die Ziele von EnergieSchweiz in der Übersicht

Bereich	Anteil am Endverbrauch (1999)	ZIELE 2010 ¹⁾	
		Status-quo-Politik (EnG, E2000)	Verstärkte Politik ³⁾ (CO ₂ -G, eGH, EMG)
Rationelle Energieverwendung <ul style="list-style-type: none"> • Verbrauch fossile Energien ²⁾ • CO₂-Emissionen ²⁾ aus Brennstoffen • CO₂-Emissionen ²⁾ aus Treibstoffen } ab 1990	72,3 %	+2 %	-10 % ⁴⁾
	21,4 %	stabil - 8 % +12 % +10 %	-10 % -15 % - 8 % ≤+5 % ⁴⁾
Erneuerbare Energien Wasserkraftserzeugung Übrige erneuerbare Energien <ul style="list-style-type: none"> • Elektrizität • Wärme 	13,0 %	stabil?	stabil
	9,5 TWh (3,1 %)	+0,37 TWh ⁵⁾ +2,10 TWh ⁵⁾	+0,5 TWh +3,0 TWh

¹⁾ Vergl. mit 2000; Wirtschaftswachstum 1998–2010: 2,2 % p. a.

²⁾ Ohne Auslandsflüge; Inlandprinzip gemäss CO₂-Gesetz

³⁾ Zur Erreichung der CO₂-Ziele sowie der Ziele von EnergieSchweiz sind neben verstärkten freiwilligen Massnahmen zusätzliche Anreize und Vorschriften erforderlich.

⁴⁾ Freiwillige Massnahmen sollen im Jahr 2010 fünf Prozent Einsparungen bringen (d. h. doppelt so viel wie Energie 2000).

⁵⁾ Resultat Energie 2000

Das CO₂-Gesetz gibt jedoch eine Verminderung der energiebedingten CO₂-Emissionen bis 2010 um zehn Prozent gegenüber 1990 vor. Diese Reduktion bedeutet eine Verminderung des Verbrauchs fossiler Energien um durchschnittlich zehn Prozent zwischen 2000 und 2010. Damit ist das Hauptziel des neuen Programms EnergieSchweiz formuliert. Es gilt, das Energie- und CO₂-Gesetz umzusetzen. Ausserdem strebt das Programm die Reduktion unserer grossen Erdölabhängigkeit an und hat den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke im Visier. Da diese Kraftwerke über kurz oder lang ersetzt werden müssen, geschieht das sinnvollerweise durch ökonomisch und ökologisch vertretbare Alternativen, das heisst durch energieeffiziente Technologien und erneuerbare Energien.

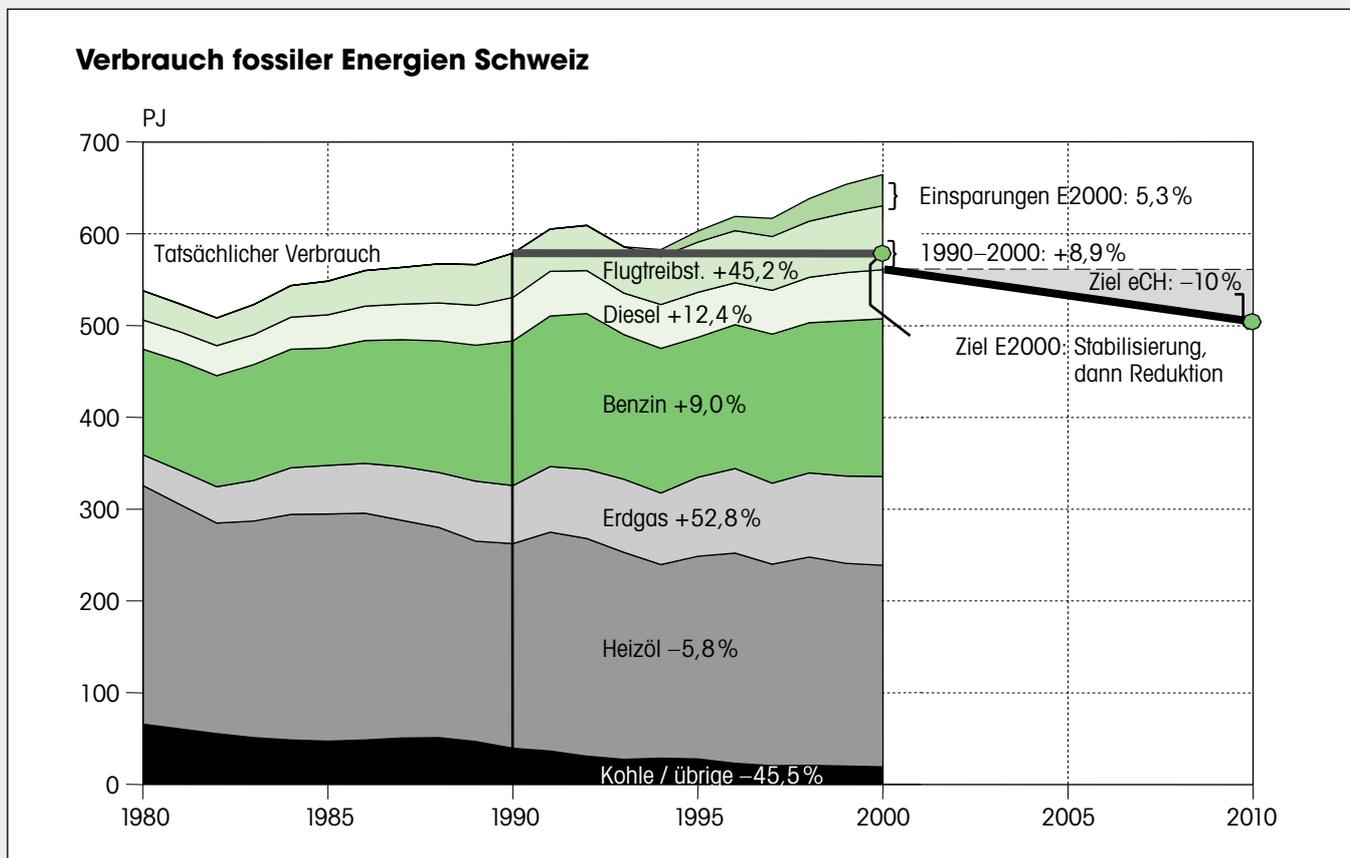


Wirkung der freiwilligen Massnahmen

Die Ziele will das Programm über drei wichtige Pfeiler erreichen. In erster Priorität setzt EnergieSchweiz auf verbindliche freiwillige Massnahmen zur rationellen Energieanwendung und zur Förderung erneuerbarer Energien.

Niemand soll gezwungen werden, sich zu engagieren, wer aber im Programm mitmacht, muss sich neu zu einem konkreten Beitrag verpflichten, sodass die freiwilligen Massnahmen stärkere Wirkung erzielen können. Den Rahmen bilden die Agenturen und Vereinbarungen gemäss CO₂- beziehungsweise Energiegesetz. Am weitesten sind die Verhandlungen von Energie Schweiz mit der Wirtschaft gediehen.

Mit der Energie-Agentur der Wirtschaft ist ein Leistungsvertrag abgeschlossen, um die bisherigen Aktivitäten von Energie 2000 zu intensivieren und eine Zielvereinbarung zur Erreichung des CO₂-Zieles in der Wirtschaft (Verbrauchsreduktion) anzustreben. Diejenigen Unternehmen und Branchen, welche das Ziel erreichen, sollen dafür von einer allfälligen CO₂-Abgabe befreit werden.



Quelle: BFE, Schweizerische Gesamtenergiestatistik

Vorschriften für Geräte, Autos und Gebäude

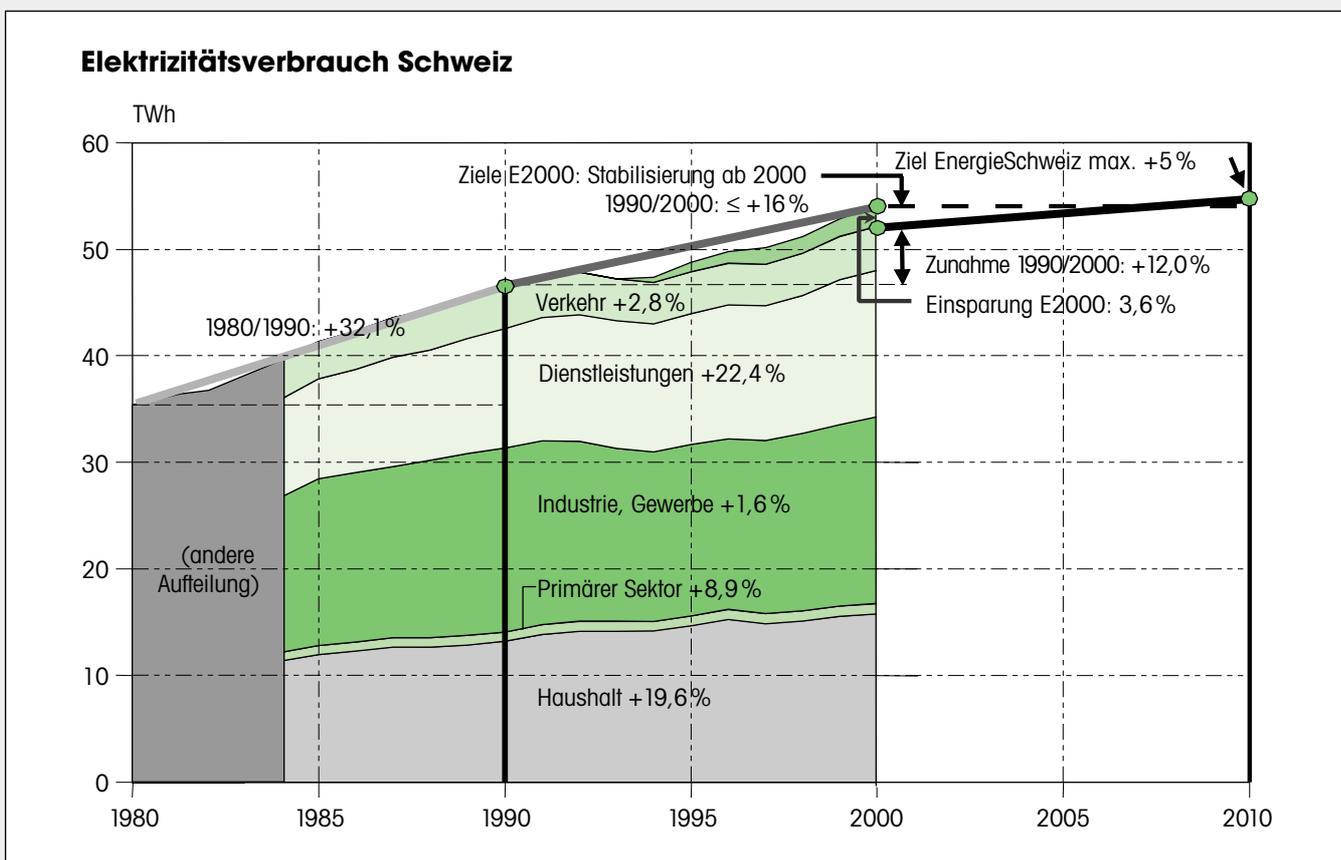
Ein weiterer Schwerpunkt zur Zielerreichung sind Vorschriften, insbesondere Warendeklarationen sowie Zielwerte und Vorgaben über den Energieverbrauch von Motorfahrzeugen, Geräten und Gebäuden. Die Bereiche Geräte und Verkehr deckt der Bund ab. Dank Energieeffizienz soll der zusätzliche Energiebedarf, ausgelöst durch grösseren Absatz serienmässig hergestellter Geräte, mindestens kompensiert werden. Ein Mittel ist die Labelverleihung. Im Verkehrsbereich konzentriert sich EnergieSchweiz auf den Strassenpersonenverkehr. Die Vereinigung der Schweizerischen Automobilimporteure erwartet eine markante Verbesserung der Energieeffizienz bei den neuen Personenwagen. Diese Entwicklung soll die Grundlage bilden für einen neuen, diesmal verbindlichen Absenkungspfad. Die geplante Warendeklaration für Motorfahrzeuge und Geräte, basierend auf den EU-Richtlinien, schliesslich, soll für Konsumentinnen und Konsumenten Transparenz im Sinne einer Dienstleistung schaffen.



Foto: Hoyer

Für den Gebäudebereich sind die Kantone verantwortlich. Ihre Priorität liegt klar bei der Senkung des Energieverbrauchs in bestehenden Bauten. Der MINERGIE-Standard, den die Kantone entwickelt haben, ermöglicht grosse Energieeinsparungen bei gleichzeitiger Steigerung des Wohnkomforts. Dieser Standard soll möglichst schnell

und umfassend bei Neu- und Umbauten Anwendung finden. Erst in zweiter Priorität wird eine höchstmögliche Deckung des verbleibenden Energiebedarfs im Gebäudebereich mittels Abwärme und erneuerbaren Energien angestrebt, da diese Massnahmen, gemessen an der energetischen Wirkung, teuer sind.



Quelle: BFE, Schweizerische Gesamtenergiestatistik

Den Einsatz erneuerbarer Energien unterstützen die Kantone mit ihren Förderprogrammen, für die sie vom Bund Globalbeiträge erhalten. Zusätzliche Impulse an die erneuerbaren Energien kann auch das Elektrizitätsmarktgesetz mit der Gratisdurchleitung, der Qualitäts-Kennzeichnung des Stromes und den Darlehen für umweltverträgliche Erneuerungen von Wasserkraftwerken geben.

Im Kanton Aargau erarbeitet zurzeit eine Arbeitsgruppe, die Regierungsrat Beyeler, Vorsteher des Baudepartements, eingesetzt hat, ein neues Ener-

giekonzept (weitere Informationen: Dr. Peter Hess, Leiter Abteilung Energie, Telefon 062 835 28 80).

Je mehr Umsetzung, desto kleiner die Abgabe

Die dritte wichtige Massnahme zur Erreichung der Ziele bildet die CO₂-Abgabe. Das CO₂-Gesetz sieht nämlich vor, dass der Bundesrat frühestens ab dem Jahr 2004 eine CO₂-Abgabe von maximal 210 Franken pro Tonne CO₂-Emissionen auf fossile Brenn- und Treibstoffe einführen kann. Im er-

wähnten Höchstfall wären das 50 Rappen pro Liter Benzin oder Heizöl. Zum Mittel der Abgabe greift der Bundesrat aber nur, wenn absehbar ist, dass wir das CO₂-Ziel mit freiwilligen Massnahmen und Vorschriften nicht erreichen können. Konkret bedeutet das für alle beteiligten Partner, je grösser ihr freiwilliger Einsatz zur Reduktion der CO₂-Emissionen und damit die Wirkung von EnergieSchweiz ist, desto kleiner wird die CO₂-Abgabe ausfallen. Im besten Fall lässt sich ganz darauf verzichten. ■**



Foto: SBB, Boillat